

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kredaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 10. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Der Neumärkische Agrarierstreik.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat den Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O., Genossen Bartels, noch am Donnerstag beauftragt, sofort mit den Organisationen der Landarbeiter und Gutbesitzer zu verhandeln. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich Sonnabendabend beendet sein und dann werden dem Ministerium des Innern konkrete Vorschläge zur Beilegung des Lieferungsstreiks vorgelegt werden.

Eine Berliner Korrespondenz teilt weiter mit: Der Lieferstreik der Landwirte im Kreise Königsberg in der Neumark, der die Forderung des jetzigen kommissarischen Landrats, des demokratischen Regierungs- und Baurats Fiehn bezweckt, hält an. Auch heute ist nur ein geringer Bruchteil der sonst nach Berlin gelieferten Milch hier eingetroffen. Inzwischen haben nun auch die vorgehenden Verwaltungsstellen eingegriffen, um vor allem den jetzt drei Tage andauernden Lieferstreik zu beenden. Am heutigen Freitag vormittag ist der Regierungspräsident Barthels aus Frankfurt a. O. in Königsberg eingetroffen, nachdem er bereits am Tage vorher eine Konferenz aller beteiligten Stellen angeordnet hatte. An der heutigen Besprechung, die vor allem der schleunigen Beilegung des Lieferstreiks galt, nahm der kommissarische Landrat Fiehn, Vertreter des Land- und des Verbandes zur Wahrung der ländlichen Interessen des Kreises Königsberg, also der Streikleitung, des Landarbeiterverbandes sowie die Verbraucher teil. Die Verhandlungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch. Ein Ergebnis ist noch nicht bekannt. Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit, über die uns zahlreiche Material zugegangen ist, insbesondere auf die Rolle, die der „Landbund“ hierbei spielt, zurückzukommen.

Schwere Unruhen in Dresden.

Dresden, 10. September. (Zl.) Der Dresdener Vertreter der Telegraphenunion berichtet als Augenzeuge über schwere Unruhen in Dresden folgendes: Die bereits bekannten Vorgänge am gestrigen Tage, verursacht durch die Verteilung verborbener Deringe an die Arbeitslosen, waren der Auftakt zu großen

Unruhen und die entstandene Spannung fand gestern ihre Entladung vor dem Arbeitsnachweis. Bei Ansammlungen und Ausschläufen der erregten Arbeitslosen in den Straßen um den Postplatz ging plötzlich die Gendarmerie in einer unartig scharfen Weise vor, die die Erbitterung unter den Massen aufs höchste steigerte. Die Polizeibeamtendragungen nach der Aufforderung auseinanderzugehen sofort auf die in dichten Massen umherstehenden Gruppen mit blankem Säbel und Gummiknüppeln ein und schlugen auf die Leute, gleichviel ob Mann oder Frau und selbst harmlose Passanten los. Es gab viele Schwerverletzte, und ich selbst bekam zwei Hiebe mit einem Gummiknüppel über den Kopf, ohne daß ich als Strafenpassant das geringste getan hätte. Das geradezu unsinnige Vorgehen der Beamten wurde von allen Seiten verurteilt. Die Unruhen währten bis zum späten Abend.

Die Vorgänge haben gezeigt, daß die Regierung, nachdem sie tagelang in einem Anruf energische Maßnahmen angekündigt hatte, der Lage nicht gewachsen war. Abends beherrschte die Arbeiterschaft die Straßen und die Gendarmerie hatte sich in die Wachen zurückziehen müssen. In einer Unterredung äußerte sich Wirtschaftsminister Schwarz über die Gefahren der Arbeitslosigkeit und erklärte selbst, nachdem er die Schlemmereien verschiedener Kreise des Bürgertums verurteilt hatte, daß den Erwerblosen nichts anderes übrig bleibe als Selbstmord oder Diebstahl, und daß sich Verhältnisse entwickeln könnten, die in blutigen Bürgerkrieg oder in brutale Diktatur auslaufen würden.

Wie die „Dona“ zu den Unruhen in Dresden meldet, war nachts gegen 1 Uhr in der Stadt die Ruhe wieder eingetreten; auch heute ist die Stadt ruhig; jedoch wird eine Wiederholung der Zusammenstöße befürchtet. Hoffentlich versagt die sächsische Regierung nicht wieder so vollständig wie bei den gestrigen Unruhen. Gummiknüppel und blanke Säbel müssen als ein höchst ungeeignetes Mittel bezeichnet werden, um die Erregung der Bevölkerung zu mildern. Wir erwarten schleuniges Eingreifen der Regierung und strengste Bestrafung der schuldigen Polizeibeamten.

Riga.

Die polnische Delegation reisefertig . . .

Paris, 9. September. (Zl.) Havas berichtet aus Warschau, daß in einem Radiotelegramm an Tschitscherin der polnische Außenminister mitteilte, daß die polnische Delegation mit Vollmachten zum Abschluß eines Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien, evtl. des Friedens vom 12. September ab in Danzig zur Abfahrt nach Riga bereit sein werde.

. . . die russische aber nicht (?)

Paris, 10. September. (Zl.) Die „Temps“ sich telegraphisch aus London melden läßt, hat sich die Sowjetregierung entschlossen, zu der neuen Friedenskonferenz nach Riga keine Delegation zu schicken. Nach den bei Kamenew eingegangenen Nachrichten beklagt sich die Sowjetregierung darüber, daß die lettische Regierung nicht auch dem Hilfspersonal der russischen Delegation Immunität gewährleistet hat. In London kennt man noch nicht die genauen Gründe der neuen Schwierigkeiten. Es heißt, daß die lettische Regierung gewissen Propagandaagenten und anderen unerwünschten Leuten, die die Sowjetregierung ihrer Delegation beigegeben hat, mißtraut. Wir geben diese Meldung nur mit Vorbehalt wieder, da sie sich augenscheinlich auf ein inzwischen beigelegtes Hindernis bezieht.

Polnischer Heeresbericht.

Kopenhagen, 10. September. Nach einer Warschauer Meldung heißt es in dem polnischen Heeresbericht vom 8. September: An der litauischen Front wurden die angreifenden litauischen Abteilungen nach Norden hin zurückgeworfen. Am Rarwo haben wir durch einen Kühnen Ausfall 500 Bolschewisten gefangengenommen. Die Reste des gefangenen Heeres Sudjennys haben sich über den Bug in der Richtung auf Wladimir zurückgezogen. Sudjennys hat sehr große Verluste erlitten. Am Dnjepr, Gnila Divo und oberen Bug erfolglos: Britische Kömpte.

Warschau, 9. September. Generalstabbericht vom 8. September: Im Bereiche von Sumzilk ist die Lage unübersichtlich. Ein bolschewistischer Angriff auf Sidra wurde abgewiesen. Unsere an mehreren Stellen der Front durchgeführte Ausfallaktion führte zur Einnahme von Kalorho. Der Feind führte Gegenangriffe aus, um die von uns besetzten Orte wiederzugewinnen, hauptsächlich jedoch, um den wichtigen Knotenpunkt Schabinka zu besetzen. Seine Angriffe blieben erfolglos. Die

Bolschewisten führten bei ihrer Aktion gegen Schabinka sieben Infanterieregimenter in den Kampf. Unsere Leute in diesem Kampf betrugen 300 Gefangene, 58 Maschinengewehre, vier Geschütze, ein Wagon mit Artilleriemunition, viel Train mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln sowie zwei Panzerzüge. Längs des Bug beiderseitige Patrouillenstätigkeit. In Kleinpolen (Galizien) ist die Lage unverändert.

Ein englischer Kreuzer für die polnische Delegation.

London, 10. September. (Zl.) Die Polen, die Schwierigkeiten bei der Reise ihrer Friedensdelegation von Danzig nach Riga befürchten, haben die britische Regierung ersucht, einen englischen Kreuzer zur Beförderung der Delegierten zur Verfügung zu stellen.

Der litauisch-polnische Streitfall.

Kopenhagen, 10. September. Die litauische Regierung hat Polen vorgeschlagen, die polnisch-litauischen Fragen in Riga zusammen mit polnisch-russischen Verhandlungen zu erörtern. Wie „Der lingske Tidende“ Warschauer Korrespondent meldet, verhält die polnische Regierung sich ablehnend gegen diesen Vorschlag und erklärt, der polnisch-litauische Konflikt und die polnisch-russische Frage müßten gesondert entschieden werden.

Das Erdbeben in der Toskana.

400 Todesopfer. — 1000 Verletzte. — 25000 Obdachlose. London, 10. September. (Zl.) Die „Daily Chronicle“ meldet, beträgt die Zahl der durch das Erdbeben in Toskanen Getöteten 400, rund 1000 Personen wurden verletzt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Ferner sind 25000 Personen obdachlos; sie kampieren im Freien.

Ein neuer Vulkan.

Rom, 10. September. Die Zeitungen melden aus Spezia, daß am Gipfel Pisanello des apuanischen Massifs sich ein Krater geöffnet hat, dem Flammen und Rauchsäulen unter gewaltigen unterirdischen Geräuschen und Schwefelgeruch entweichen.

Die Operette ohne Ende.

Rom, 10. September. „Idea Nazionale“ erzählt über Triest Nachrichten aus Triest, denen zufolge d'Annunzio den Freikampf in Rom proklamiert hat; ursprünglich war als Gründungsstag der 12. September vorgesehen.

Helgoland unter Ausnahmerecht.

Von der Insel Helgoland wird uns geschrieben:

Auf der Insel Helgoland herrschen eigenartige Verhältnisse. Während im übrigen Deutschland schon im vorigen Jahre die Neuwahlen zur Gemeindevertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts vorgenommen wurden, ist auf Helgoland noch immer die alte Gemeindevertretung am Ruder und schaltet und waltet, wie es ihr beliebt. Wie sie ihr Amt ausübt, hat der Ausgang einer kürzlich stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht bewiesen, in der der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Helgoland wegen Verleumdung der Gemeindevertretung angeklagt war. Er hatte in einer vor einiger Zeit abgehaltenen öffentlichen Versammlung behauptet, daß der Gemeindevorsteher durch Vorspiegelung die Vertretung bezogen hätte, Gelder zu bewilligen, die die Vertretung, wenn sie von der wirklichen Lage in Kenntnis gesetzt worden wäre, nie bewilligt hätte. Weiter war der Vorwurf von ihm erhoben, daß der Gemeindevorsteher als Verkaufsbefähigte für sich 2000 Mark und für die Beamten 1000 Mark und Kinderzulagen hätte bewilligen lassen, während die Angestellten davon ausgeschlossen wurden. Dem Angeklagten gelang es in der zweitägigen Verhandlung, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen. Der Anklagevertreter mußte den größten Teil der Anklage fallen lassen. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten nach einstündiger Beratung kostenlos frei und betonte in der Urteilsbegründung, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis gelungen sei. Die Gemeindevertretung habe sich derart gegen Vorschriften und Gesetze vergangen, daß eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit noch durch andere Stellen nötig sein würde. Die Regierung hat die Prozeßverhandlung stenographisch aufnehmen lassen.

Wie weiter auf Helgoland gearbeitet wird, geht schon daraus hervor, daß man die Forderung der Arbeiter und der minderbemittelten Bevölkerung nach Errichtung einer Preisprüfungsstelle einfach glatt ablehnte. Es ist verständlich, daß unter solchen Umständen das Verlangen nach einer anderen Zusammensetzung der Gemeindevertretung immer stürmischer wird. In der schon erwähnten Versammlung wurde in geheimer Abstimmung mit über 500 gegen 12 Stimmen der sofortige Rücktritt und die Neuwahl der Gemeindevertretung gefordert. Die Gemeindevertretung wehrt sich dagegen mit Händen und Füßen. Es geht hier um ihre Vorrechte und für diese kämpft man mit allen Mitteln. So hat man unter anderem den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins mit Geld bestochen wollen, wenn er seinen Kampf gegen die Gemeindevertretung einstellen würde. Es hat sich weiter eine 25er-Kommission gebildet, die die Rechte der Gemeindevertretung verteidigen soll. Man will angeblich die Rechte der eingewiesenen Helgoländer wahren. Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Die Haupttreiber in der 25er-Kommission sind Nachkommen von eingewanderten Deutschen, die in den meisten Fällen sich aus Geschäftsleuten und Handwerkern zusammensetzen.

Die wirklichen Helgoländer, die Nachkommen der seit Jahrhunderten auf Helgoland ansässigen Bewohner, darf man nicht mit den Geschäftsleuten vergleichen. Die wirklichen Helgoländer sind vielfach wirtschaftlich abhängig von den Geschäftsleuten, da im Winter die Einkommensverhältnisse darniederliegen und mancher gezwungen ist, sich von den reichen Geschäftsleuten Vermittel vorzureden zu lassen, die dann im Sommer wieder abbezahlt werden.

Nun sind in den Jahren vor dem Kriege und auch nach dem Kriege Arbeiter eingewandert, die jetzt mit Sprengungsarbeiten der Festungs- und Hafenanlagen beschäftigt werden. Diesen Arbeitern und Angehörigen will man keinen Einfluß auf Helgoland gewähren. Man fürchtet, daß dann manches ans Licht kommt, das besser im Verborgenen bleibt. Daher auch das Sträuben gegen eine Neuwahl der Gemeindevertretung. Man droht mit dem Anschluß an England. Das ist natürlich blühender Unsinn. Das wirtschaftliche Leben Helgolands steht und fällt mit Deutschland. Würde Helgoland englisch, so würde der Fremdenverkehr aus Deutschland aufhören, und aus England sind keine Fremden zu erwarten, da es für die Engländer viel bessere und noch schöner gelegene Badeorte gibt. England denkt auch gar nicht an den Besitz Helgolands, denn sonst würde es nicht die Festungs- und Hafenanlagen zerstören lassen.

Die Regierung hat, um sich über die Verhältnisse zu unterrichten, einen Geheimrat nach Helgoland geschickt. Dieser hat wohl mit der 25er-Kommission verhandelt, hat es aber nicht für nötig befunden, sich mit den maßgebenden Verbänden der politischen Parteien in Verbindung zu setzen. Die 25er-Kommission hat mit England gedroht, und die Regierung ist eingeschwenkt. Der Reichstag hat ein Gesetz folgenden Wortlauts beschlossen:

Dem Artikel 178, Absatz 2, der Reichsverfassung wird folgender Satz angefügt: Mit Rücksicht auf die Verhandlungen bei dem Er-

werke der Insel Helgoland kann zugunsten ihrer einheimischen Bevölkerung eine vom Artikel 17, Absatz 2, abweichende Regelung getroffen werden.

Dieser Artikel 17, Absatz 2, der Reichsverfassung lautet: „Die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindevahlen, jedoch kann durch Landesgesetz die Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde bis zu einem Jahre abhängig gemacht werden.“

Durch das erwähnte Gesetz soll also zugunsten der einheimischen Bevölkerung eine andere Regelung für die Wahlen zur Gemeindevvertretung getroffen werden. Die Wahlberechtigung soll an eine längere Dauer des Aufenthalts gebunden sein. Das bedeutet ein Ausnahmerecht für Helgoland und die gesetzliche Sanktionierung der Vorrechte nicht der wirklichen Helgoländer, sondern der Geschäftsleute. Von den wirklichen Helgoländern wird die Forderung nach der Neuwahl der Gemeindevvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ohne eine längere Beschränkung der Aufenthaltsdauer unterstellt, weil sie wissen, daß dann auch für sie andere Zustände in der Gemeinde geschaffen werden.

Die Entscheidung liegt jetzt bei der preussischen Regierung und der Landesversammlung. Durch Landesgesetz kann nach der vom Reichstag beschlossenen Verfassungsänderung eine vom Artikel 17, Absatz 2 der Verfassung abweichende Regelung getroffen werden. Die überwiegende Mehrheit der Helgoländer Bevölkerung erwartet, daß von diesem Recht kein Gebrauch gemacht wird, sondern daß auch für Helgoland die im übrigen Preußen bestehenden Gesetze zur Geltung kommen. Die Mehrheit der Helgoländer will keine Vorrechte, will aber auch nicht unter Ausnahmeregeln leben.

Die eigene Schuld.

Die Unabhängigen erheben jetzt, besonders angefaßt der Uneinigkeit in ihren eigenen Reihen, ein um so lauterer Geschrei gegen die Taten oder Unterlassungen der gegenwärtigen Regierung. Insbesondere wenden sie sich gegen die Wirksamkeit des Ernährungsministeriums, gegen die Preiserhöhung für Getreide und Getreide, die Frühbrunnenprämie usw. und verlangen die sofortige Einberufung des Reichstages, damit er zu den Beschlüssen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses Stellung nehmen und sie verhindern könne. Die „Freiheit“ erklärt, die verantwortungsvolle Politik des Ernährungsministeriums, des Reichsernährungsministers, lasse befürchten, daß er auch dem neuesten Vorstoß der Agrarier auf Preiserhöhung keinen Widerstand entgegenzusetzen werde. Er sei ja einer der Diener der Agrarier und zu allen Verboten ihnen gegenüber bereit.

Am ähnlich aufgeregter Weise fällt das Zentralorgan der Unabhängigen über die Beschlüsse des Volkswirtschaftlichen Ausschusses in der Frage der Arbeitslosenfürsorge.

Zweifellos hat die „Freiheit“ mit ihrer Kritik in fast allen Punkten Recht, besonders in bezug auf das Reichsernährungsministerium. Es wird dort fälschlich eine rein agrarische Politik betrieben, denn Hermes steht ganz unter dem Banner der rheinischen Bauernvereine, die nur eine katholische Abart des Bundes der Landwirte sind. Es ist z. B. ein Skandal, daß die Ankunft der von den amerikanischen Deutschen gestifteten 100 000 Milchkühe für Deutschland immer noch verhindert wird, weil die deutschen Agrarier von ihnen eine Beeinflussung der Preisgestaltung für Milch erwarten. Eine Milchkuh kostet heute in Deutschland rund 9000 Mk. Die amerikanischen 100 000 Kühe werden aber gratis gegeben. Es würden also nur die Transportkosten in Höhe von rund 2700 Mk. pro Stück in Betracht kommen. Lieber aber, als daß man den deutschen unterernährten Kindern reichliche Milch durch amerikanische Kühe zuführen läßt, weigern sich die Agrarier, diese Kühe nach Deutschland zu lassen, lediglich um den Preisstand für ihren eigenen Viehstapel hochzubalzen.

Das alles ist so vernünftig, daß die schärfste Kritik und die energischste Abwehr nötig ist. Aber die Unabhängigen

haben am wenigsten ein Recht, darüber zu schelten. Sie hatten die Möglichkeit, durch ihren Eintritt in die Regierung mit den Sozialdemokraten gemeinsam für eine andere Gestaltung der Regierungspolitik zu sorgen. Unter dem Druck der Kommunisten außerhalb und innerhalb ihrer Reihen haben sie auf eine legendäre Lätigkeit in der Regierung verzichtet und so den deutschen Arbeitern einen Teil der Macht genommen, auf die die Arbeiter Anspruch hatten. Wenn die Unabhängigen also jetzt unzufrieden sind mit dem, was die bürgerliche Regierung tut, so müssen sie an ihre eigene Prust schlagen und bekennen: Es ist unsere Schuld, unsere große Schuld!

Von oben und von außen.

Zu dem Kampf um Moskau nimmt nochmals Hilferding, Chefredakteur der „Freiheit“, dessen Hinweis auf die U. S. V. bekanntlich unabhängig von den russischen Diktatoren und von ihren linksunabhängigen Kollektoren in Deutschland gefordert wird, in einem „Für das Selbstbestimmungsrecht“ überschriebenen Artikel Stellung. Hilferdings Auffassung ist bekannt. In seiner gegen Moskau gerichteten Argumentation verweist er vor allem darauf, daß bei der Fülle von Momenten, die bei der Fällung sozialistischer Entscheidungen zu berücksichtigen sind, engste Fühlung mit der Masse und mit der Partei erforderlich sei. Hilferding schreibt:

„Deshalb ist es eine Unmöglichkeit, von außen her einer Partei ihr politisches Handeln vorschreiben zu wollen, ohne die schlimmsten Fehlschlüsse zu begehen. Es ist eine Gefahr, die sich gerade in revolutionären Zeiten noch ungeheurer steigert, daß eine Leitung von oben her die entscheidenden Entschlüsse faßt, statt daß diese durch den Willen der Masse der Parteimitglieder von unten her gebildet werden. Denn die Leitung ist dann stets der Möglichkeit ausgesetzt, daß sie die Stimmung der Masse verkennt und deshalb von ihr im Stich gelassen wird, wodurch die Niederlage gewiß ist. Aber diese Gefahr wächst ins Ungeheure, wenn man gar diese Beschlüsse, die die bedeutsamsten Aktionen betreffen können, von außen bestimmt werden, wenn die Leitung, ohne sich schon losgelöst von dem Bestimmungsrecht ihrer Massen, gar noch dem Druck einer auswärtigen In-tervention ausgesetzt wäre. Und die Gefahr würde vervielfacht, wenn diese Leitung selbst unter dem Einfluß ganz außerordentlicher Umstände, abgeschnitten von allen raschen Informationsmöglichkeiten, jahrelang ausgeübt werden von der unmittelbaren Berührung mit der übrigen Welt, in Moskau sitzt.“

Weiter wendet sich Hilferding gegen die Moskauer Forderung einer „starken militärischen Disziplin“, die nur Teilnahmslosigkeit oder Rebellion bewirken könnte. Hilferding erwähnt die Tatsache, daß außer der noch zu „reinhaltenden“ italienischen Partei und den skandinavischen Linkssozialisten keine westeuropäischen Parteien der Dritten Internationale angehören und glaubt, das Verhalten Moskaus daraus erklären zu können, daß es von der Überzeugung erfüllt sei, die russische Sowjetrepublik könne sich nur dann behaupten, wenn der Sozialismus auch in dem entwickelten Westen zum Siege gelange. Eine Politik des Selbstbehaltens-triebs also. Seine ablehnende Haltung begründet Hilferding folgendermaßen:

„Wir müssen die Moskauer Bedingungen deshalb ablehnen, weil sie uns gerade dann, wenn es am nötigsten, verhindern, selbst Mittel, Wege, Ziel und Tempo der Aktion zu bestimmen. Die Moskauer halten die russische Revolution und die Sicherung ihres Erfolges für einen entscheidenden Inhalt der proletarischen Politik. Darin haben sie Recht. Falsch ist aber ihre Schlussfolgerung, daß sie deshalb, und sie allein, die proletarische Politik in allen Ländern leiten und bestimmen können. Das ist ein Anspruch, der unmöglich ist und, wenn durchgesetzt, nur allzu leicht zu einer Niederlage des Proletariats dieser Länder führen kann. Denn die revolutionären Forderungen, die sich aus der russischen Situation jeweilig ergeben und die naturgemäß die russischen Kämpfer bestimmen, brauchen durchaus nicht mit den revolutionären Bestrebungen und Möglichkeiten der anderen Länder übereinzustimmen.“

An die links von ihm stehenden Parteigenossen richtet Hilferding folgende Frage:

„Wie ist es denkbar, daß irgendein Mann mit selbständigem Urteilsvermögen, irgend jemand mit einer

Spur von Verantwortlichkeitsgefühl einer Partei angehören kann, der solche Bedingungen aufgelegt sind? Ist es denkbar, daß eine westeuropäische Arbeiterklasse gerade in revolutionären Zeiten sich einer solchen Organisation unterwerft, die jede Selbstbestimmung, jede Selbstbetätigung ausschließt?“

Der Verfasser selbst beantwortet natürlich diese Frage in verneinendem Sinne, wird sich aber selbst keiner Täuschung darüber hingeben, daß es bei denen um Däumig, Stöcker, Geher usw. nicht an demütigen Ja sagern fehlt.

Der Streit in der U. S. P.

Die große Auseinandersetzung über die Frage, ob die Unabhängigen vollständig unter das Joch Moskaus kriechen sollen, hat jetzt auch in der Berliner Funktionärskonferenz der Unabhängigen ihre Fortsetzung gefunden. Am Donnerstag marschierte eine große Reihe von Rednern für und gegen auf, zu denen, die gegen die Annahme der einseitigen Bedingungen sich aussprachen, gehörten u. a. Stadtoberkämmerer Reich, Rudolf Breitscheid, Luise Riech und vor allen Dingen Emil Warth, der ehemalige Volksbeauftragte. Warth sprach in erstföhrlicher Deutlichkeit, trotzdem er selbst sich rühmt, die deutsche Revolution „gemacht“ zu haben, gegen die russischen Revolutionsfabrikanten. Nach dem Bericht der „Freiheit“ sagte Warth wörtlich:

„Man muß sich zu der Erkenntnis durchringen, daß das deutsche Volk eine Diktatur braucht. Es ist notwendig, daß man in Deutschland Organisationen schafft, die eine Verantwortung tragen. Wenn man sagt, daß der Anschluß an Moskau uns stärker mache, so sage ich, daß das ganze Glanz der deutschen Revolution von Rußland gekommen ist. (Bewegung.) Warth führt die Tätigkeit der russischen Kommunisten wie Budarin und Joffe an, die heiß darauf drängen, an jedem Tag und an einem anderen Ort Zustände zu inszenieren. Gerade die Genossen, die mit mir in der illegalen Organisation waren, haben auch mit mir diese Ansinnen zurückgewiesen, da sie wußten, daß eine Niederlage nur Bedrücktheit, nicht aber neuen Kampfgeist erzeugt. Am 9. November war Liebknecht bereit, in die Regierung einzutreten. Am 10. November, als er mit Budarin gesprochen hatte, lehnte er ab mit der Begründung, die Revolution weiterzutreiben. So hat man sich im voraus aller Stärke begeben. Diese Tatsachen sind von größter Bedeutung. Damals wurden alle Diktatoren von Rußland, von Budarin und Nabel, gegeben, weil man sagte, daß sei die deutsche Periode und man müsse nun von außen anfangen zu arbeiten. (Lebhafte Unruhe.) Warth schildert die Vorgänge im Mai 1910, seine Verhandlungen mit Raskin und v. Oven, die er auf Beschluß der unabhängigen Vollzugsratmitglieder unternommen habe. Da habe man ihn abge-schüttelt. Es kommt nicht darauf an, daß man etwas macht, sondern es kommt darauf an, daß es auch in der richtigen Stunde mit den richtigen Mitteln geschieht. Diejenigen, die immer für Aufstände, Gewalt, Terror sind, das sind die, die nie eine solche Organisation schaffen, und wenn sie eine leere Patrone setzen, zu lauten anfangen. (Stürmischer Beifall.) Warth setzt sich unter starkem Beifall für die Autonomie des deutschen Proletariats ein.“

Reich erklärte, die Praxis habe gezeigt, daß die deutsche Kommunisten in nicht wenigen Fällen Aktionen des Proletariats zerrissen und geschwächt haben, um dann um so mehr über die Verdränger der Führer loszukommen zu können. Wäre nur ein Teil dieser Kräfte den gemeinsamen Aktionen gewidmet worden, so stünde es besser um die deutsche Revolution. Vereinfachungsweise ergab Reich hinzu, daß das, was er den Kommunisten zum Vorwurf macht, auch vollkommen auf die Unabhängigen zutrifft. Rudolf Breitscheid will den russischen Kommunisten volle Objektivität wahren. „Wir müssen uns gegenseitig ertragen in der Internationale.“ Er verlangt dasselbe Verständnis von den Russen auch für Deutschland, aber, so sagt er, die Russen wollen einfach die deutsche Revolution diffundieren, sie wollen Deutschland opfern, um die russische Revolution zu schützen.“

Nach Breitscheid sprach ein Redner in sehr scharfer und entschiedener Weise für den Anschluß und für die Anerkennung der Bedingungen. Nachdem er beendet wurde in einer Geschäftsordnungsdebatte festgestellt, daß er kein Parteifunktionär sei, also sich in den Kreis der Debattierenden eingeschlichen habe.

Warth, über „Bühne und neue Zeit“, einen Beitrag Julius Babb über „Sil des Dramas“, eine interessante Studie des amerikanischen Prof. Otto Ranshof-John über „Amerika und die Theaterkultur“ und einen längeren Aufsatz des Direktors der Nationalgalerie, Ludwig Justi, über die „Nationalgalerie und die soziale Kunstpflege“. Eine Reihe beachtenswerter Rundschau-notizen ergänzen diesen reichen Inhalt.

Die Volksbühne hat den Preis des Blattes außerordentlich niedrig bemessen. (Einzelpreis 1,30 Mk., Halbjahresabonnement 3 Mk.) Bestellungen sind an das Generalsekretariat des Vereins, Berlin C. 25, Sinterstr. 227, zu richten.

Charles Richets Friedensgruß. Zur Feier von Charles Richets siebenzigstem Geburtstag fand Ende August eine gemeinsame Feier der Mitglieder des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer und der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in Charlottenburg statt, wo Charles Richet ein im März 1914 für eine deutsch-französische Verständigung gesprochen hatte. Ansprachen hielten Rarzer Meier von der deutschen Friedensgesellschaft und Prof. Rudolf Berger, der Ueberseher Richets, der einst seinen Freund in Deutschland eingeführt hat. Dem Gefeierten wurde telegraphisch geschuligt: „Dem ehwürdigen Verteidiger und mutigen Verfechter der Völkerverständigung.“ Richet hat nun aus Genéve im Departement Bor geantwortet: „Ich bin Ihnen sehr verbunden für Ihre Sympathie-telegramme und ich spreche Ihnen alle Gefühle der Dankbarkeit aus, deren ich fähig bin. Hören Sie fort für den wirklichen moralischen Frieden einzutreten, der vielleicht weit bedeutungsvoller als der diplomatische Friede zwischen Frankreich und Deutschland ist; die beiden Völker haben wahrhaftig vornehmere Aufgaben zu lösen, als sich immer nur gegenseitig zu morden.“

Wie hoch die Dämme sind, die diesem Friedensziel heute noch in Frankreich entgegenstehen, läßt sich aus der eben eintreffenden Meldung erkennen, daß die Witwe Björnson, der ebenfalls ein großer Friedens- wie aus Kulturgründen ein Franzosenfreund war, seinen Rah nach Frankreich erhalten konnte, weil ihr Sohn Björn Björnson während des Krieges zu deutschfreundlichen gewesen sei. In diesem Fall hatte das Schema der Feindseligkeit allerdings eine so offenebare Torheit veranlaßt, daß man es für geraten hielt, sie auszugleichen. Durch Vermittlung des notwendigen Gesandten in Paris konnte die Angelegenheit, wie gemeldet wird, erledigt werden.

Theater. Das Neue Volkstheater bringt Donnerstag 16. September, eine Neuaufführung von „Hörs“, „Kora“. — Lino Pattiera wird demnächst im Deutschen Opernhaus im „Troubadour“, „Todes“ und „Garnen“ gastieren.

Die Opernhochschule, die vom Deutschen Chorleiter und Ballett-Verband seit langem angeführt worden ist, wird als staatliches Institut unter Leitung von Professor Hugo Rabel im Oktober eröffnet und der Opernhochschule an der Staatlichen Akademie für Musik für Musik angegliedert.

Verhärzung des Wiener Theaterstreits. Der Verband der Theaterdirektoren beschloß, allen Schauspielern, die in den Streit verwickelt sind, kündigen. Man erwartet, daß die Schauspielerei auf diesen Beschluß hin alle Theater den Streik derhängen werden.

Buchbesprechung.

Von Hans Bauer.

Manchmal, wenns gerade keine feine Blätter in einem grünen Buch, das „Dienstunterricht des Reg. Sächs. Infanteristen“ heißt. In diesem Buch werden auf 272 Seiten die Pflichten des Soldaten behandelt und Belehrungen über Herrscherhäuser, Rang- und Gradabzeichen, Orden und so gegeben.

Dieses Buch ist eine Erinnerung an 1915, an meine Rekrutenzeit und es soll einmal meinen Kindern und Enkelkindern eine Erinnerung an — nun eben an jene Zeit überhaupt werden, in der auf 5 Seiten (Seite 90—94) das Benehmen des Soldaten auf der Straße, auf 7 Seiten (Seite 68—72) das gegen Vorgesetzte und auf 21 Seiten (Seite 145—161) die Reinigung des Gewehrs beschrieben wurde. Die Seite zu 58 Zeilen, die Seite zu 20 Silben gerechnet. Ich blättere in dem Buche nicht spöttisch. Ich lasse nicht über seinen Verfasser. Ich lese es wehmütig. Lese wehmütig über Ordnung und Verhalten in den Kasernenräumen, über Verhalten in den Bürgerquartieren, über kameradschaftliches Zusammenleben und schüttelte dann leise den Kopf. Das gab es! So etwas gab es, daß auf 272 Seiten zu 58 Zeilen zu 20 Silben über Dienstunterricht geschrieben wurde. Auf 272 Seiten! Und dann blättere ich weiter. Und es ist mir dies alles wie ein Traum. Und einmal komme ich auf Seite 167. Die handelt über Reinigung des Gewehrs, die nach 58 Einzelhandlungen vorgenommen zu werden hat. Nach Einzelhandlung 16: „Reinigen des Gewehrs mit Wasser und Seife.“ Nach Einzelhandlung 38: „Erfah der Umwicklung des Laufholzes durch eine gleiche.“ (Durch eine gleiche!) „Reinigen der Umwicklung.“ Nach Einzelhandlung 41: Zeilen der Reibestellen in der Hülse (etwas härter). Nach Einzelhandlung 51: „Abwischen des Niemens.“ ... Auf dieser Seite 167 ist auch eine Zeichnung reproduziert. Weil doch eben die Aufzählung der 58 Einzelhandlungen noch nicht anschaulich genug ist. Diese Zeichnung stellt einen Soldaten dar, der mit einem Wischbrett den Gewehrlauf reinigt. Dieser Soldat hat es mir angetan. Ich starre ihn oft Minuten lang an. Er trägt eine Schürze, lange Schäftstiefel, Kapsel und die Schürze ist blütenweiß und die Stiefel sind blühend schwarz und das Kapsel sitzt auf Millimeter vorchriftsmäßig. Und der Soldat bewegt eben zum Einführen des Wischbrettes die Hände und hat eine Miene ausgefüllt und es ist die Miene, die man haben muß beim Einführen des Wischbrettes, und es ist die Armstellung, die man dabei anzuwenden hat. Und er ist kurzum der Soldat. Der Vorgesetzte. Der Soldat, der nie auffiel, nie Dienst veräumte, der seine unmittelbaren Vorgesetzten ohne Stottern namhaft machen konnte, die Genealogie der Herrscherhäuser kannte, pünktlich aufstand. Der Soldat, der vorchriftsmäßig Gurra schrieb, sich vorchriftsmäßig be-

geisterte und vorchriftsmäßig stark. Ich könnte jetzt das Hinten auf den Soldaten kippen: seine Schürze nähme die schwarze Farbe einfach nicht an. Seine Schürze und seine Gefinnung nehmen nichts an, was vorchriftswidrig ist. Diesem Soldaten sind diese 272 Seiten das Leben selbst! Ihr mühtet ihn sehen, mühtet sehen, wie er in der vorgezeichneten erwünschten Größe, Breite, Weite und Armstellung dasteht und mit ordnungsmäßigem Gesichtsausdruck ordnungsmäßig die ordnungsmäßige Einzelhandlung 16: Aufreinen mit dem Wischbrett an dem ordnungsmäßig aufgeschraubten Gewehr ordnungsmäßig ausübt. Ihr mühtet das sehen! Wenn man ihn jetzt in den Hintern pickt, so würden sich ganz gewiß die ordnungsmäßigen Denkvorgänge in dem zuständigen Gehirnlappen ordnungsmäßig abspiegeln und er würde die ordnungsmäßige einzig mögliche, irgendwo ordnungsmäßig auf den 272 Seiten für diesen Fall vorgesehene Gegenhandlung ordnungsmäßig bewirken.

Ich will nichts Neues sagen. Das kann man hierüber nicht mehr. Ich will nur wieder einmal erinnern. Das muß man immer wieder. Immer und immer wieder. Und die Erziehung meiner Kinder zu freien, friedlichen Erdennenschen werde ich einmal an Hand des „Dienstunterrichts des Reg. Sächs. Infanteristen“ durch dessen Negation ordnungswidrig durchführen.

Nachts ähnlich, dann erleben wir kein 1914 mehr!

Die neue Zeitschrift „Volksbühne“, die in Dreimonatsheften als „Zeitschrift für soziale Kunstpflege“ erscheint, hat jetzt ihr erstes Heft herausgebracht. Was das neue Organ will, kommt durch dieses Heft sehr deutlich zum Ausdruck. Es sprengt die noch bestehende Bedeutung, die der Volksbühnenbewegung im deutschen Kulturleben zugefallen ist. An der Entwicklung der letzten zwei Jahre gemessen, wird sie zur Trägerin der Kunstinteressen werden, die in den Reihen des Volkes, also den arbeitenden Massen, ihren Wurzelboden haben. Das zeigt sich auch in der Aufnahme, die das neue Organ sofort gefunden hat: schon drei noch das erste Heft erhalten, ist die Anzahl von festen Abnehmern doppelt so groß geworden als man im voraus veranschlagen zu dürfen meinte. Es ist wohl anzunehmen, daß das neue Organ ein weiteres Mittel ist, die vielen Tausende, die sich in der Volksbühne als Kunstgenießer zusammenfinden, geistig immer enger zu verbinden. Die Volksbühnenarbeit braucht zum Gelingen solchen inneren Zusammenstehens, wenn sie der große Faktor werden will, der sie im neuen deutschen Volksleben werden muß.

Das neue Organ wird zu den wichtigsten Fragen der Kunstpolitik Stellung nehmen, wertvolle Beiträge über alle Gebiete der Kunst vereinigen und in bemerkenswerten Proben auch die künstlerisch schöpferischen Kräfte der Zeit zu Worte kommen lassen. Das erste Heft enthält fünf Aufsätze von einer ungedruckten Reihe in Hegemeters von Gerhart Hauptmann, eine amüsante Szene aus einem Komödienmanuskript René Schidech, Sonette von Ernst Toller, neue Schauspielernotizen von Friedrich Hoffler, einen Aufsatz von E. Rehrig über die „Idee der Volksbühne“, einen anderen von Prof. Redlob, dem Reichskunst-

Ruise Zieh meint, daß von der Entscheidung, die jetzt gefällt wird, nicht allein das Schicksal der Partei, sondern das Schicksal des Sozialismus abhängt, womit sie allerdings stark übereinstimmt. Denn der Sozialismus wird kommen, auch wenn Ruise Zieh gemeinsam mit Lebedow nach Moskau wanderte. Sie erklärt weiter, wenn sie der Meinung wäre, das Schicksal der Bedingungen würde die deutsche Revolution weiterreichen, so würde sie schließen. Aber sie sei überzeugt, daß sie eine blutige Niederlage für das deutsche Proletariat heranziehen lassen.

Von den Rednern, die für die Annahme der Bedingungen sprachen, ist besonders Wolf Hoffmann zu erwähnen. Er will die Einigkeit des Proletariats, aber keine Einigkeit, die „nur ein Sammelurteil“ darstelle. Eine kraftvolle internationale Diktatur könne helfen, wenn nötig, auch in der eigenen Partei. Ein anderer Redner, namens Schindler, erklärt, nach seiner Meinung müsse die Diktatur sehr oft gegen die Proletarier ausgeübt werden. Für diese Meinung erntete er — lebhaftest Zustimmung.

Der Bericht über den weiteren Verlauf der Debatte liegt noch nicht vor, insoweit auch noch nicht die Beschlüsse, die in Berlin gefaßt werden. Aber aus dem bisherigen Ergebnis ist zu erkennen, daß in Berlin wie überall die Unabhängige Partei ein solches Gemisch von Ansichten darstellt, daß sein Fortbestehen nur bei der Gutmütigkeit der deutschen Arbeiter verständlich ist. Wie lange es andauern kann, ist allerdings eine andere Frage.

Der drohende Bergarbeiterstreik.

Der Standpunkt der Regierung.

Paris, 10. September. (WZ.) Die der „Matin“ aus London meldet, vertrat die Regierung bei den gestrigen Besprechungen mit den Bergleuten den Standpunkt, daß die Lohnfrage von den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber erledigt werden müsse, daß aber die Frage der Herabsetzung der Kohlenpreise Sache des Parlaments sei.

London, 9. September. (Reuter.) Im Verlaufe der Konferenz zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergleute weigerten sich diese, bezüglich der Herabsetzung der Kohlenpreise nachzugeben. In bezug auf die Lohnfrage weigerten sich die Delegierten ebenfalls, ein industrielles Verzicht anzuerkennen oder sich mit den Arbeitgebern zu verständigen. Ein Bericht über die Konferenz wird heute abend veröffentlicht.

Eine Wahlrede Kenners.

Salzburg, 9. September. Staatssekretär Dr. Kerner sprach heute in einer Volksversammlung über die kommenden Nationalratswahlen. Der Staatssekretär warf den Christlichsozialen vor, daß sie in den großen Streitfragen kein Programm oder mehrere Programme hätten, und daß sie daher nicht die Eigenschaften einer wirklichen Staatspartei besäßen. Kerner verwies im Gegensatz dazu auf die jüngst in Salzburg abgehaltene begründende Tagung der Großdeutschen Partei. In allen Fragen, in denen die Christlichsozialen zwiespältig seien, schiene sich die großdeutsche Partei zu einer einheitlichen Auffassung und Haltung durchzugehen. Diese Auffassung — und das könne für Österreich von der größten Bedeutung werden — sei die einer Staatspartei. Sie verdamme die habsburgischen Abenteuer, lehne das habsburgische Abenteuer ab, sei für eine vernünftige Ordnung der Beziehungen zwischen Staat und Ländern, habe den wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglicht und habe sich schon jetzt bei den Verhandlungen über die Verfassung in den Ausschüssen zugunsten einer modernen Schule und der bürgerlichen Freiheitsrechte entschieden. Die österreichische Sozialdemokratie habe niemals die Diktatur erstrebt. Sie wisse wohl, daß sie, wenn überhaupt, die Verantwortung nicht allein zu tragen haben werde, und sie werde es begrüßen, wenn das Bürgertum sich endlich auf seine historische Pflicht besänne. — Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Labriola über die Fabrikbesetzungen.

Der römische Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ droht seinem Blatte eine Unterredung, die er mit dem reformsozialistischen Arbeitsminister des Kabinetts Giolitti, Labriola, über die gegenwärtige Metallarbeiterbewegung in Italien hatte. Labriola bestritt, daß die Bewegung einen politischen Hintergrund habe; die Schuld an der Zubereitung der Vagabunden die Industriellen. Ueber die Besetzung der Fabriken befragt antwortete der Minister:

„Der Staat hat nur ein Interesse daran, daß die Sicherheit der Straße gewahrt bleibt, und bis jetzt ist auch diese öffentliche Sicherheit nicht gefährdet worden, wenigstens nicht in einem solchen Umfang, daß der Staat hätte eingreifen müssen. Die Besetzung der Fabriken ist juristisch als eine Besitznahme aufzufassen, und die Industriellen können den Rechtsweg beschreiten. Sie werden sich vielleicht über diese Auffassung wundern, aber berücksichtigen Sie folgendes: Wenn es sich um eine Massenbewegung handelt, sind andere Gesichtspunkte geltend, als wenn es sich um einen Einzelfall handelt. Der Vorschlag ist ein verabschiedetes Delikt, das Massentätigkeit nennt man Krieg, und es gibt Leute, die auch diesen einschuldigen. Heute handelt es sich für Italien um eine Bewegung von Hunderttausenden organisierter Arbeiter, da kann man den Aufnahmeparagraphen nicht mehr anwenden. Man muß auch die moralische Atmosphäre berücksichtigen, die Massenmobilität, die eine Folge des Krieges ist. Zudem sind die Arbeiter alle bewaffnet. Bei den Unruhen in Ancona wurden 40 Maschinen gewehrt im Besitz der Arbeiter festgehalten. Ein solches Eingreifen würde unbedingt zu Blutvergießen führen, das leicht in eine blutige Revolution ausarten könnte, und das muß unter allen Umständen vermieden werden. Kommt eine soziale Umgestaltung, so soll sie wenigstens mit dem möglichsten Minimum an Schädigung des einzelnen eintreten und kein Blut vergießen hervorgerufen.“

Labriola meinte sodann, daß die Regierung Giolitti einstimmig der Ansicht sei, daß das beste Mittel, ein Uebergreifen des Bolschewismus auf Italien zu vermeiden, sei

„den Bande solche Einrichtungen und eine solche Richtung schon jetzt zu geben, die bei einer eventuellen Transformation der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft sich schon vorfinden und sich als brauchbar erweisen. Mit Kanonen läßt sich eine Bewegung, die die Waffen erfaßt hat und treibt, nicht bekämpfen.“

In diesem Zusammenhang besprach der Arbeitsminister den Gesetzentwurf über den „Obersten Rat der Arbeit“ (Consiglio superiore del lavoro), der dem deutschen

Reichswirtschaftsrat entsprechen und die Möglichkeit geben werde.

„Ein Privatunternehmen in kooperativer Arbeit zu übernehmen unter Aufsichtung des früheren Eigentümers, von dem entweder die Fabrik gemietet wird, oder der auf Grund einer Abschätzung abgefunden werden soll, vorausgesetzt, daß die Arbeiter zur Führung des Unternehmens fähig sind und eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit nicht zu befürchten ist.“

Wenn der Industrielle sein Eigentum nicht hergeben wolle, dann könne er

gezwungen werden; das Allgemeinwohl steht höher als das Wohl des einzelnen. Und ohne sogenannte Ungerechtigkeiten und Schmerzen für den einzelnen läßt sich eine soziale Umwandlung nicht durchführen. Es kommt darauf an, daß das Staatsgetriebe als Ganzes gesund erhalten bleibt und in solche Bahnen langsam und vorsichtig übergeleitet wird, die dem neuen Geist und den Lebensbedürfnissen der großen Massen entsprechen. Und das erfolge ich für Italien.“

Das erhoffen wir auch für Deutschland, befürchten aber, daß das Kabinett Giolitti-Labriola mehr für die italienische Arbeiterklasse leisten werde, als das Kabinett Treubach-Kaumer für die deutsche. Der „Sozialarbeiter“ Labriola scheint jedenfalls mehr positive Arbeit für das italienische Proletariat durchzuführen, als sämtliche „bolschewistische“ Abgeordnete der sozialistischen Fraktion zusammengenommen.

Was sagt aber Herr Stinnes, der Besitzer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu der Probogierung dieser erfreulich klugen und weitberzigen Auffassungen Labriolas durch sein eigenes Blatt? ...

Vor der Einigung?

Rom, 10. September. (WZ.) Die „Tribuna“ erzählt, ist anscheinend über die wirtschaftliche Seite der Metallarbeiterfrage eine Einigung erzielt; es handelt sich nunmehr darum, eine Formel zu finden, die beide Parteien befriedigt. Das Blatt sagt hinzu, es habe Grund zur Annahme, daß trotz der verwickelten Lage die Schwierigkeiten überwunden werden und heute abend oder morgen der Streit als erledigt angesehen werden könne.

Paris, 9. September. (WZ.) Die „Liberté“ aus Rom meldet, haben die Arbeiter in Livorno einen Torpedobootzerstörer dem Stapel gelassen, auf dem sie die rot-schwarze Fahne hängen.

Frankreichs Sabotageversuche an Genf.

Paris, 10. September. (WZ.) Nach dem „Echo de Paris“ hat der belgische Ministerpräsident Delacroix vorgeschlagen, die Reparationskommission in Paris zusammenzutreten zu lassen. In dieser Sitzung sollen die deutschen

Zürmen Straffreiheit bei der Waffenabgabe?

Das Gesetz sichert jedermann, der in der Zeit vom 15. September bis 1. November Militärwaffen abgibt, oder der vorgeschriebenen Anmeldepflicht nachkommt, Straffreiheit zu wegen unbefugter Aneignung sowie wegen Zuwiderhandlung gegen bisher erlassene Vorschriften über die Waffenabgabe.

Delegierten über die deutschen Wiedergutmachungspläne gehört werden. Am 15. Oktober soll in Genf eine Konferenz der alliierten Regierungschefs stattfinden, die die von der Reparationskommission auf Grund der Beratungen mit den Deutschen gemachten Anregungen zur Kenntnis nehmen soll. Millerand habe den Vorschlag Delacroix' bereits gebilligt. Es steht noch die Zustimmung von Lloyd George und Giolitti aus.

Diese Rede enthält verschiedene Unklarheiten, aber ihr etwas verklärter Sinn ist wohl, daß die Genfer Konferenz überhaupt nicht stattfinden sollte, wenigstens nicht in der Form, die in Spa vereinbart worden war. Deutschland hat in Paris in der Person des Staatssekretärs Bergmann einen ständigen Delegierten bei der Reparationskommission. Offenbar soll dieser, vielleicht unter Einziehung weiterer deutscher Sachverständiger Vorschläge unterbreiten. Das Gutachten der Kommission würde von der Konferenz der alliierten Regierungschefs in Genf geprüft werden und die Entscheidung dieser hohen Herren einfach der deutschen Regierung als „Décision“, wie der schöne Fachausdruck in Spa lautete, als Diktat mitgeteilt werden. Nur so kann die Mitteilung des „Echo de Paris“ gedeutet werden, da bezüglich der Genfer Konferenz ausschließlich von „alliierten Regierungschefs“ die Rede ist.

Die französische Regierungspresse, die in letzter Zeit schamhaft gegen die Behauptungen von deutscher Seite protestierte, wonach Frankreich die Konferenz von Genf genau so sabotieren wolle, wie es seinerzeit verjuchte, Spa zu sabotieren, scheint eine elegante Lösung dieses Problems entdeckt zu haben: die Genfer Zusammenkunft soll stattfinden — ohne die Deutschen!

Groß-Berlin

Ungeklärtes Dunkel um den Leichenfund.

Die gestrigen Ermittlungen in der Leichenfundstube am Freibad Wannsee erledigten sich in der Hauptsache darauf, festzustellen, woher die blutigen Damenleidungsstücke stammten, die in einem Haussturz in der Schönhauser Allee gefunden wurden, um so festzustellen, ob sie mit dem Verdachten etwas zu tun haben. Da auch schon, wie ermittelt werden konnte, vor acht Tagen in der Nähe ein ähnlicher Fund gemacht worden ist, so liegt die Möglichkeit nahe, daß die Sachen von einer „weisen“ Frau, die dort wohnt, beiseite geschafft worden sind. Deren Treiben wird zurzeit näher nachgeprüft. Ebenso wird den diesen Zeugenschilderungen nachgegangen, die bisher gemacht worden sind. So wurde gestern nachmittag auch ein Sozialbesitzer, in dem ein Zeuge am Montag einen widerlichen Brandverderb wahrgenommen haben will. Bei einer Durchsichtung der Räume wurde jedoch nichts Verdächtiges gefunden.

Die zahnärztliche Untersuchung des Schiffes ist jetzt auch abgeschlossen. Nach Ansicht dieser Sachverständigen kann die ermordete Person bis zu 40 Jahren alt gewesen sein. Die Vorbereitungen sind regelrecht gezogen und das Faktische ist schon längere Zeit verworfen.

Die Weizenmühle von Salomon niedergebrannt.

Die allbekannte Weizenmühle von Karl Salomon in der Mühlenstraße 8, am Stralauer Tor, ist in der letzten Nacht durch ein Großfeuer zum größten Teil eingeschert worden. Diese alte Berliner Mühle ist schon mehrere Male von Bränden heimgesucht worden. Diesmal ist der rechte Seitenflügel mit dem mittleren Teil, dem Dachgeschoß und fünf Geschossen fast vollständig ausgebrannt. Es stehen nur noch kalte Mauern, die zum Teil eingeschert sind. Durch einströmende Gießelwände ist die angrenzende Spritzfabrik von H. Eisenmann, Mühlenstraße 6/7, fast beschädigt und das Dach eines Kett- und Kolliedumschuppens durchgeschlagen worden.

Das Feuer wurde kurz nach Mitternacht von mehreren Personen bemerkt, als die Flammen schon hell, mit dickem Qualm vermischt, aus dem fünfstöckigen, auf dem Hintergelände des ausgebehten Grundstücks, das von zahlreichen Parteien bewohnt wird, emporloderten. Die Berliner Feuerwehr entfaltete diezüge 5, 7 und 8. Mit allen verfügbaren Kräften wurde unausgesetzt Wasser gegeben. Mehrere Dampf- und Motorspritzen entnommen mittels langer Schlauchleitungen das Wasser direkt aus der Spree. Um 2 Uhr nachts ließ Baudirektor Reichel „Großfeuer“ an alle Kompagnien melden, worauf, bis auf einige Reservezüge, die gesamte Berliner Feuerwehr, die schon in Bereitschaft war, zur Brandstelle eilte und in wenigen Minuten nach 2 Uhr schon zur Stelle war. Um an den Brandherd zu gelangen und die übrigen Teile der großen Mühle zu schützen, wurden drei mechanische Leitern auf dem Hofe aufgerichtet und über diese ebenfalls der Angriff gegen das entsefelte Element mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eröffnet. Die schnelle Ausbreitung und große Ausdehnung der Flammen erklärt sich aus dem Vorhandensein von hölzernen Elevatoren, die vom Erdgeschoß durch alle Stockwerke bis zum 8. Geschloß laufen, den Flammen nicht nur reiche Nahrung boten, sondern ihnen auch den Weg zu allen Etagen schnell bahnten. Gegen 8 Uhr nachts stürzten Gießelwände ein, so daß die Mannschaften in Gefahr gerieten. Eine große Wand durchschlug das Dach eines großen Schuppens der Spritzfabrik von H. Eisenmann, in dem Kett- und Kolliedum lagerte. Diese Fabrik konnte zum Glück vollständig vor den Flammen geschützt werden. Auch die gefährdeten Wohngebäude blieben verschont. Der Schaden ist bedeutend und dürfte mehrere Millionen übersteigen.

Der braune Märker.

Demnächst gelangt ein neuer Darlehnskassenschein zu 1 M. zur Ausgabe, der Phantasiegebilde an den aus dem Verkehr entzogenen braunen Tausendern erinnern dürfte, mit dem er wenigstens die braune Farbe gemeinsam hat. Die Vorderseite enthält auf hellbraunem Grund die Zeichnung; sie ist in schokoladenbrauner Farbe ausgeführt und besteht aus Blätterbegrenzungen, die das Bild nach außen hin in gestraunten Linien begrenzen. Im oberen Teile öffnet sich die Zeichnung und gibt Raum für die Worte „Darlehnskassenschein Eine Mark“ in deutscher Schrift. Darüber befinden sich die hübsch-rot gedruckten Reihen- und Unternummern. Ueber die Mitte des Scheines verläuft ornamentaler Schmuck die beiden Seiten der Zeichnung. Darin ausgepart erscheinen links der runde, in hübsch-rot Farbe gedruckte Kontrollstempel mit dem Reichsadler und der Umschrift „Reichsschuldenerverwaltung“, rechts der Treckenschemel in ähnlicher Ausführung. In der Mitte des Scheines steht hellfarbig in dunkelbraun gedrucktem runden Hebel die Wertziffer „1“ und darunter das Wort „Mark“. Die Rückseite trägt auf weißlichem Grunde in feingrauer Farbe die Zeichnung in dunkelblaugrüner Farbe. Die große Mittelziffer ist zu beiden Seiten eingerahmt von zwei Röhren mit Blumenmuster. Ober darüber steht leicht gebogen das Wort „Darlehnskassenschein“, unten die Worte „Eine Mark“.

Die Verkaufung erheblich zurückgegangen. Die Verkaufung der Bevölkerung ist nach einer amtlichen Feststellung entschieden erheblich zurückgegangen. An vielen Orten ist sie völlig befristet. So ergab sich bei Gelegenheit einer Rundfrage der Medizinalabteilung des Ministeriums für Volkswohlfahrt über die Einführung einer Meldepflicht für verlaufene Personen: Nur vier Regierungsbezirke sprechen sich für eine bedingte Annahme in einzelnen Kreisen aus. Alle anderen verneinen die Notwendigkeit der Einführung der Meldepflicht. Sie wird deshalb einstweilen nicht eingeführt. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln soll aber auf eine völlige Befristung einer etwa noch bestehenden Verkaufung hingewirkt werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, erhalten die Groß-Berliner Abonnenten mit diesem Blatt.

Famillentragedie in der Poststraße. Die unnatürliche Tat einer Mutter wird aus der Poststraße gemeldet. Infolge angeblicher Intenue ihres Mannes vergiftete sich im Laufe Poststraße 12 eine Frau Gray mit ihren beiden 11- und 13-jährigen Kindern durch Leuchtgas. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen. Heute abend begibt sich eine deutsche Regierungskommission unter Führung des Reichskommissars Genossen Städeln nach Kowno, um dort mit einer aus Moskau kommenden russischen Kommission zusammenzutreffen. Der Zweck der Verhandlungen ist, die Gefangenen aus Sibirien auf dem Landweg über Kiew—Wlno—Kowno—Erdkühnen zurückzutransportieren. Dieser Weg hat den Vorzug, immer benutzbar zu sein, während die Benutzung des Seeweges im Winter ziemlich erschwert werden dürfte. Selbstverständlich wird nicht daran gedacht, etwa den Transport zur See aufzugeben. Mit der deutschen Regierungskommission reisen auch einige namhafte Vertreter vom Internationalen Roten Kreuz und Professor Ransen, der eine Organisation auf internationaler Basis geschaffen hat, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Fürsorge für jene Kriegsgefangenen — meist österrösch-ungarische — zu übernehmen, die bis zum Winter aus Sibirien nicht abtransportiert werden können.

Wahlkreis Prenzlauer Tor. (23., 24., 26., 28., 30., 31., 32. Wkt.) Versammlung sämtlicher Wählervereine Montag, den 12. September, Burgstraße 8 bei Diesel. Sämtliche Einreden und Einträge pp. sind in Zukunft zu richten an den Obmann Genossen A. Weyersdorff, NO 33, Naugarder Str. 17.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Genf, 10. September:

24. Abteilung. Es stehen den Mitgliebrn für die Sonntagsmittag-Vorstellung im Zentraltheater, Wite Kolibri, am 12. September: „Verkauf der Kasse“, noch ca. 30 Eintrittskarten zur Verfügung. Wir bitten, von diesem sehr vorteilhaften Angebot Gebrauch zu machen. Die Karten hat der Genosse Moranz, Dampfer Str. 46 IV, in Händen.

Jungsozialistische Vereinigung. Arbeitsausflug: Nachmittags 5 1/2 Uhr Einkauf im Vorderstraßen-Gebäude. — Ortsgruppe Säden: 7 1/2 Uhr im Zentralgebäude, Lindenstr. 8 Vortrag über Agrarpolitik. Ref. Genosse Hans Richter, Reichenburg. — Ortsgruppe Lichterfelde: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Albrechtstr. 14a. Vortrag. — Grünwald. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant „Lindenstr.“, Quertulbacher Straße. Referent Genosse F. A. Müller. Thema: „Aufgaben des Parteitages in Kassel.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Jugendlichen. Bezirk Norden II. Sonntag, den 12. Sept., vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von G. Baumgarten, Steintor Str. 11. Gäste willkommen. — Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer, Bezirk 4 (Säden). Sonntag, den 12. Sept., vorm. 10 Uhr in der Union-Brauerei, Hohenheide, große öffentliche Protestversammlung vom Bau Groß-Berlin. — Schachspieler. Vom 12. Sept. d. M. ist der hiesige Schachklub, Donaustr. 105, bei Käthe, wieder eröffnet. Dort auch Unterricht. Eintritt und Teilnahme für jedermann frei und nentzellig.

